



RECHENSCHAFTSBERICHT

des Vorstandes
für das Jahr 2002

GERMANWATCH e.V. Kaiserstr. 201 D-53113 BONN

GERMANWATCH e.V. Ziegelstr. 30 D-10117 BERLIN

TEL.: ++49 (0) 2 28 60 49 2 -0 FAX: ++49 (0) 2 28 60 49 2 -19

TEL.: ++49(0) 30 2888 356-0 FAX: ++49 (0) 30 2888 356-1

E-MAIL: GERMANWATCH@GERMANWATCH.ORG INTERNET: [HTTP://WWW.GERMANWATCH.ORG](http://WWW.GERMANWATCH.ORG)

BANKVERBINDUNG: VOLKSBANK BONN RHEIN-SIEG · BLZ 380 601 86 · KTO 37 37 37

1. Rahmenbedingungen nord-süd-politischer Lobbyarbeit im Jahr 2002

Nord-Süd-politische Lobbyarbeit stand selbstverständlich auch im Jahr 2002 auf der Agenda von Germanwatch. Die Notwendigkeit zu einem eher noch verstärkten Engagement für einen globalen Ausgleich und Gerechtigkeit unter besonderer Berücksichtigung auch der ökologischen Dimension von Gerechtigkeit, wie Nutzungs- und Verbrauchsrechten, ist groß und möglicherweise dringlicher als je zuvor. Dringlicher zum einen, da sich viele Probleme eher verschärfen. Dies betrifft „klassische“ entwicklungspolitische Themen wie die Verringerung von Hunger und Armut ebenso wie die Gestaltung einer gerechten Nutzung der vorhandenen Ressourcen in einem begrenzten Umweltraum, angesichts ausgesprochen langsamer politischer Prozesse zur Umsteuerung z.B. im Bereich des Klimaschutzes. Dringlicher aber auch, da sich die Problemlösungskompetenz der Akteure im politischen Raum spürbar verschiebt oder bereits verschoben hat. Dieser Prozess wird in der Regel als Verlust nationalstaatlicher Steuerungskompetenz beschrieben. Während in Analysen dieser Vorgang von der Wissenschaft bereits als dramatisch beschrieben wird, wird im politischen Raum oft noch der Eindruck erweckt, als hätte die Politik genug oder zumindest ein hohes Potential an Steuerungsressourcen. Für eine effektive nord-süd-politische Lobbyarbeit ist es jedenfalls unerlässlich, über diese Veränderungen nachzudenken und unsere Strategie entsprechend zu modifizieren. Dieser Prozess des Nachdenkens hat bei Germanwatch längst begonnen und in der aktuellen Arbeit Niederschlag gefunden. Einige Gedanken dazu sollen am Anfang des diesjährigen Rechenschaftsberichts stehen und eine intensivere Debatte anregen.

Es scheint ein Allgemeinplatz der Analyse der Globalisierungsprozesse zu werden, dass Steuerungspotentiale sich verändern. Den kleinsten gemeinsamen Nenner der Debatte formulierte vor einigen Jahren das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen im Human Development Report in dem Zitat „Der Nationalstaat ist zu klein für die großen und zu groß für die kleinen Aufgaben“. Konsequenterweise setzen Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaft ihre Hoffnungen auf neue internationale Absprachen und die Stärkung multilateraler Institutionen. Skeptisch wird in der Regel eine andere Richtung der Lösung der Steuerungsprobleme betrachtet, die „Privatisierung der Weltpolitik“ oder die Kooperation von staatlichen und privaten Akteuren in „public private partnerships“.

In besonderer Weise trifft uns der unfassbare und plötzliche Tod von Michael Baumann. Am 30. Oktober verstarb er gänzlich überraschend während eines Auslandsaufenthaltes. Er hatte gerade eine Menschenrechtsreise durch Birma abgeschlossen und besuchte noch Freunde in Bangkok. Auf belebter Straße ereilte ihn ein Infarkt.

Für seine Frau und seine Familie, aber auch für die Eine-Welt-Politik in Deutschland reißt sein Tod eine nicht zu schließende Lücke.

Seine großen Erfahrungen in Politik und Wirtschaft hatte er seit 1999 in den Dienst von Germanwatch gestellt. Zunächst war er ihr Berlin-Beauftragter und wurde im September 2001 zu deren stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden gewählt.

Michael Baumann war viel mehr als nur ein repräsentierendes Vorstandsmitglied. Er hat auf ehrenamtlicher Basis vor allem in Berlin in täglicher Kleinarbeit Germanwatch bekannt gemacht, das Berlin-Büro der Organisation aufgebaut und entscheidende Initiativen insbesondere im Bereich Handels- und Investitionspolitik vorangetrieben. An vorderster Stelle soll hier genannt werden der Aufbau von KodexWatch in Deutschland und die gesetzliche Verankerung der Nachhaltigkeitsberichtspflicht in der Riester-Rente. Er war involviert bei den WTO-Debatten in Seattle und in Doha und zuletzt als Germanwatch-Repräsentant beim Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg.

Seine große Lebendigkeit, seine Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft, seine Verlässlichkeit und sein Überblick, seine Großzügigkeit und sein Ideenreichtum werden fehlen.

Auffällig ist das in der Regel immer noch große Vertrauen in neue multilaterale Regelungen, das bei den meisten Nichtregierungsorganisationen vorherrscht. Die Zahl der Vorschläge zur Entwicklung bzw. Verbesserungen neuer oder existierender internationaler Instrumente der Steuerung ist groß. Manche neue Begrifflichkeit, wie z.B. die der „global governance“ beinhaltet einen ausgesprochenen Grundoptimismus in die Machbarkeit internationaler Steuerung, in das „social engineering“ eines komplexen Multilateralismus. Nicht erst in Johannesburg beim 10jährigen Geburtstag des „Weltgipfels“ und der Agenda 21, dem Referenzdokument des neuen Multilateralismus scheint dieser Optimismus einen Dämpfer erhalten zu haben. Zumindest das Format der „Weltkonferenz“ ist als ein Steuerungsinstrument des Multilateralismus am Kap der Guten Hoffnung auf Grund gelaufen. Doch häufen sich in der letzten Zeit weiterreichende Anfragen an die Leistungsfähigkeit bzw. Erwünschtheit eines solchen Multilateralismus, die einer dringenden Debatte innerhalb der Zivilgesellschaft aber auch unserer Arbeit bedürfen:

Wie weit kommt ein Multilateralismus, wenn der wichtigste Mitspieler nicht mehr mitspielen will oder schon das Spielfeld verlassen hat? Ist die partielle Abwendung der USA von multilateralen Spielfeldern eine vorübergehende parteipolitische Ausprägung oder entspricht sie der Ungeduld einer dominanten Hegemonialmacht, sich multilateralen Regeln unterzuordnen, bzw. es nur zu tun, wo es eigenen Interessen nützt? Doch auch soziale Bewegungen stellen die Hoffnungen in einen aufgeklärten Multilateralismus mehr und mehr in Frage. Angesichts der Dominanz weniger ökonomischer Institutionen auf internationaler Ebene setzen immer weniger Aktivisten unter den Globalisierungsgegnern ihre Hoffnung auf eine Stärkung der strukturell schwachen Institutionen des Multilateralismus als Mittel zur Kontrolle von Weltbank, IWF und WTO. Ob und inwieweit eine Weltumweltorganisation helfen könnte, dem Umweltthema gegenüber den zentralen ökonomischen Institutionen neues Gewicht zu verleihen ist eine dieser Fragen. Solche Debatten sind längst nicht entschieden, sondern eben erst eröffnet und für die weitere Arbeit im Themenbereich zentral.

In vielen sozialen Bewegungen wächst die Enttäuschung gegenüber multilateralen Institutionen. Die wichtigen Organisationen – so die Analyse – steuern in die falsche Richtung einer globalen Monokultur ökonomischer Instrumente. Die anderen multilateralen Institutionen, im Bereich des Umweltschutzes, der Menschenrechte etc., sind eher schwach und einflusslos. Dieser Analyse folgend ist es konsequent, dass verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft inzwischen eine De-globalisierung einfordern. Damit ist keine Re-nationalisierung gemeint, sondern eine internationale Garantie, dass viele politische Entscheidungen auf lokaler, nationaler oder regionaler Entscheidungsebene getroffen werden sollen unter Kontrolle und Einfluss der direkt Betroffenen. Die Globalisierungsliteratur schließt eine solche De-globalisierung als Möglichkeit aus, da sie gerade den Verlust der Deckungsgleichheit von Politischer Steuerung und Betroffenen zu einem Hauptkennzeichen der Globalisierung erklärt.

Wie können wir, wie kann Germanwatch Antworten auf die hier skizzierten Fragen und Orientierung auf die hier genannten Positionen gewinnen? Wie kann effektive Lobbyarbeit in diesem Umfeld aussehen? Wie sollten wir unsere zukünftige Arbeit ausrichten? Einige praktische Lehren hat Germanwatch schon seit Jahren für sich gezogen. Unsere Lobbyarbeit richtet sich beleibe nicht nur an Regierungen. Wir wenden uns an Internationale Organisationen und versuchen deren Einfluß auf Politikprozesse (z.B. im Bereich Klimaschutz) zu nutzen. Wir kooperieren mit oder kritisieren direkt private Firmen (Zusammenarbeit im European Business Council for a Sustainable Energy Future oder bei KodexWatch etc.). Wir diskutieren internationale Instrumente, die neue Spielräume für nationale Politikbereiche schaffen (z.B. eine Development Box bei der WTO). Für unsere Arbeit wird dieser Mix an Ansätzen und die Arbeit mit verschiedenen Akteuren die zentrale Aufgabe sein. In unseren Strategien der Lobbyarbeit müssen wir uns detailliert Gedanken machen, wie wir in der neuen komplexeren Situation politische Prozesse beeinflussen können.

Ein zusätzliches wichtiges Element ist zudem eine verstärkt problembezogene Analyse. Möglicherweise sind generelle Antworten auf die Reichweite verschiedener Steuerungsinstrumente immer schwieriger. Das schließt nicht aus, dass für einzelne Politikfelder oder Problembereiche die Antworten erheblich leichter fallen. Die weiteren Schritte im Klimaschutz hängen beispielsweise nicht unwesentlich von dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls ab. Hier ist die Hoffnung auf einen nächsten Schritt zur Stärkung eines multilateralen Instruments sehr berechtigt.

Wir müssen eine situationsbezogene kluge Kombination von Instrumenten suchen, die aufbauen auf einen „aufgeklärten Multilateralismus“, der danach sucht, die Rahmenbedingungen auf globaler Ebene so zu beeinflussen, dass Steuerung global wie regional möglich wird. Im guten Sinne müssen deshalb auch De-globalisierungspotentiale und Kombinationen von pri-

vaten und öffentlichen Projekten oder Absprachen (PPP-Lösungen, Typ II) auf ihre Wirksamkeit untersucht werden.

Wir müssen uns in unserer Lobbyarbeit auf sich verändernde Rahmenbedingungen einstellen und flexibel reagieren. In der Konsequenz bedeutet die scheinbare „neue Unübersichtlichkeit“, dass wir gezwungen sind, sorgfältiger über Strategien der Beeinflussung von Politikprozessen nachzudenken und zu debattieren. Wirkungsvolle Lobbyarbeit ist dennoch möglich und nötig. Herzlich laden wir Sie ein, sich an den nötigen und oft auch spannenden Debatten in dieser Umbruchssituation zu beteiligen.

Ein knapper Rückblick auf den Bundestagswahlkampf:

Leider voraussehbar aber dennoch bedauernswerterweise hatten nord-süd-politische Themen und aktuelle Herausforderungen über Wochen kaum einen Platz im aktuellen Bundestagswahlkampf. In den Wahlkampfzentralen gilt die unausgesprochene Anweisung der Kampas und Co, dass EU und Nord-Süd-Themen möglichst nicht genutzt oder diskutiert werden, da sie für eine Profilierung der Kandidaten wenig nutzen. Dementsprechend kommt den Themen auch kaum Aufmerksamkeit zu. Germanwatch hatte nichtsdestotrotz wie bereits in den vorangegangenen Wahlkämpfen die Memorandumsgruppe durch Mitarbeit und die Übernahme von Sekretariatsfunktionen in ihrem Anliegen unterstützt, kompetente Vorschläge für die Zukunft der Entwicklungspolitik auch in diesen Wahlkampf hineinzutragen, öffentlich zu machen und die Parteien damit zu konfrontieren.

Überraschend und ungeplant wurde dann zumindest das Thema Klimaschutz und Klimawandel doch noch zu einem zentralen und möglicherweise mitentscheidenden Thema im Wahlkampf, verursacht durch die Flutkatastrophe im Osten und Süden Deutschlands. Nach den ersten Tagen der schnellen, solidarischen und besorgten Reaktion war es im weiteren Verlauf nicht nur das erfolgreiche Krisenmanagement, was der Regierung Pluspunkte brachte, sondern auch dass sie auf eine erkennbare Klimaschutzstrategie während der letzten Legislaturperiode hinweisen konnte. Vor allem das Fehlen jeglicher Strategie und möglicher Strategien in diesem Themenbereich schadete der Opposition erheblich. Selten, dass Fragen der Zukunftsfähigkeit politischer Programme und Strategien so offen in den Medien diskutiert und zu entscheidenden Kriterien der Beurteilung von Parteien werden. Wenn der Anlass für die betroffenen Menschen nicht so dramatisch wäre, wäre man fast geneigt von zumindest „glücklichen Umständen“ für eine Nachhaltigkeitspolitik zu sprechen. Dieser Begriff scheint allerdings nur gerechtfertigt, wenn es auch zu einer nachhaltigen Bearbeitung der Folgen der Flut und zu einer verbesserten Vorsorgepolitik kommt.

Vergessen sollte man allerdings nicht, dass zeitgleich stattfindende Flutereignisse in China und Indien in den Medien fast untergingen und die enorme Solidarität der Menschen, die sich in einem gewaltigen Spendenaufrufen für die betroffenen Regionen in Deutschland niederschlug, einhergeht mit wachsenden Schwierigkeiten der Spendenorganisationen z.B. Unterstützung für Hungerkatastrophen in Afrika zu finden. Doch dies ist Teil der Rahmenbedingungen, unter denen nord-süd-politische Lobbyarbeit stattfindet. Es ist eben unsere Aufgabe sicherzustellen, dass im Alltag des Regierungshandelns Aspekte zukunftsorientierter Politik verstärkt Berücksichtigung finden. Mit der Regierungspraxis der ersten Wochen und dem Koalitionsvertrag wollen wir uns auch auf der Germanwatch-Mitgliederversammlung auseinandersetzen.

Auf den folgenden Seiten geht es nun in den Alltag unserer Arbeit. Wir können von Erfolgen berichten, von Baustellen und neuen Projekten. Viel Spaß beim Lesen und wie immer damit verbunden die Einladung zum Mitmachen und zum Einbringen von Anregungen für Aktivitäten. Wir freuen uns über jeden Vorschlag, jede Kritik und jede Mitarbeit.

Ihr



Michael Windfuhr
Vorstandsvorsitzender

2. Mitglieder-/Spenderentwicklung bei Germanwatch

Am Ende des dritten Quartals 2002 hatte Germanwatch 461 Mitglieder und Förderer, 2001 waren es 451. Dieses Jahr konnten wir bisher 22 neue Mitglieder begrüßen, hatten aber auch 12 Austritte zu verzeichnen.

Insgesamt haben 57 Menschen sich als Klima-Kampagner zu den Zielen der Klima-AUSBADE-Kampagne bekannt. Zwölf davon sind schon vorher Germanwatch-Mitglieder gewesen, 21 haben sich für ein Jahr zur finanziellen Unterstützung verpflichtet, 11 für 2 Jahre und 25 für 3 Jahre. Wir bleiben optimistisch und hoffen noch, bis Ende des Jahres unser Ziel von 100 Kampagneros und Kampagneras erreichen zu können!

Deutliche Sprünge macht zur Zeit unsere Spendenstatistik. In 2002 haben bisher 277 Nichtmitglieder an Germanwatch gespendet (2001 waren es 166). Davon haben 102 uns zum ersten Mal eine Spende zukommen lassen. Hier sieht man es deutlich: Unsere verbesserte Öffentlichkeitsarbeit fängt an Früchte zu tragen. Über ein Drittel der Erstspender (37) sind Klima-Kampagneras bzw. Klima-Kampagneros.

3. Entwicklung der Geschäftsstellen

Seit Mai 2002 ist Brigitte Kunze als Geschäftsführerin von Germanwatch im Berliner Büro tätig. Rainer Engels soll an dieser Stelle ganz besonders gedankt werden für seine langjährige erfolgreiche Geschäftsführung. Es ist sein persönlicher Wunsch in Bonn zu bleiben, daher hat er auf die Fortführung der Geschäftsführung verzichtet, bleibt uns aber erhalten als Leiter des Bonner Büros und des Bereiches TradeWatch. Das Berliner Büro wurde darüber hinaus mit zwei weiteren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen gestärkt. Seit April nimmt Ljiljana Djurić Sekretariatsaufgaben wahr, seit Juni unterstützt Marita Wiggerthale den Bereich TradeWatch von Berlin aus als Referentin. Ehrenamtlich hat Christiane Lellig die Pressearbeit bis Februar 2003 übernommen. Ganz herzlichen Dank auch den Berliner Ehrenamtlichen und PraktikantInnen - für die Unterstützung beim Aufbau des Berliner Standortes. Hier werden wir Michael Baumann ganz besonders schmerzlich vermissen, hat er doch als Berlin-Beauftragter von Germanwatch die Geschäftsstelle wesentlich aufgebaut und die Kontakte in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Interesse des Vereins ausgebaut. Die Lücke, die er hinterlassen hat, vermögen wir kaum zu füllen.

Auch in Bonn gibt es Veränderungen und neue MitarbeiterInnen: Gerold Kier konnte ab Mai hauptamtlich seine bisher ehrenamtliche Internet-Arbeit fortsetzen. Zwischenzeitlich hat er auch die Aufgaben eines Pressesprechers wahrgenommen. Andrea Taubert unterstützt als Auszubildende für die Assistenz der Geschäftsführung seit Januar die Büroarbeiten in Bonn. Verlassen haben uns Martina Schaub vom TradeWatch-Bereich im Januar, sie wechselte zur Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW. Der Vertrag von Erhard Brunn endete im Sommer und konnte nicht verlängert werden.

Zur Zeit arbeiten somit 13 hauptamtliche, ein freier Mitarbeiter und zwei ehrenamtliche MitarbeiterInnen in den Büros von Germanwatch in Bonn und Berlin, etwa die Hälfte in Teilzeitverträgen.

Dies sind:

Christoph Bals (Bonn, Leiter RioKonkret),
Ljiljana Djurić (Berlin, Sekretariat)
Rainer Engels (Bonn, stellv. Geschäftsführer, Leiter TradeWatch),
Cornelia Heydenreich (Berlin, Referentin KodexWatch),
Britta Horstmann (Bonn, Referentin Klima-AUSBADE-Kampagne),
Gerold Kier (Bonn, Referent Internet),
Brigitte Kunze (Berlin, Geschäftsführerin),
Christiane Lellig (Berlin, Pressesprecherin),
Laura Radosh (Bonn, EDV, Finanzen),
Ludger Reuke (Bonn, Referent Entwicklungspolitik),
Stefan Rostock (Bonn, Referent Sustainable Investment),
Susanne Saha (Bonn, Fundraising/ ÖA),
Bodo Stüve (Bonn, Fundraising)

Andrea Taubert (Bonn, Auszubildende Verwaltung),
Manfred Treber (Bonn, Referent RioKonkret),
Marita Wiggerthale (Berlin, Referentin TradeWatch)

Bonn als wichtiger Standort von entwicklungspolitischen Instituten bleibt erhalten. Dies ist einerseits unter politischen Gesichtspunkten (zumindest, solange wichtige Ministerien in Bonn verbleiben) sinnvoll. Denn Bonn entwickelt sich – nach Abzug der Bundesregierung – immer mehr zum Ort des Nord-Süd-Dialogs in Deutschland. Auch unter finanziellen Aspekten ist der Standort eines Bonner Büros attraktiv. Wir erhalten durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW eine quantitativ ins Gewicht fallende Unterstützung. Dabei spielen bei den so geförderten Projekten die länderspezifischen Anforderungen eine große Rolle, die aber auch teilweise auf die Bundesebene übertragbar sind.

Dazu kommt, dass der Standort Bonn uns auch hilft, Mitarbeiterwissen und -erfahrung zu bewahren. Nicht alle Bonner MitarbeiterInnen möchten ihren persönlichen Lebensmittelpunkt nach Berlin verlagern. Das wertvolle Wissen und das unbezahlbare Engagement können so für Germanwatch erhalten werden.

Dagegen erscheinen die erhöhten Kommunikationsanstrengungen zwischen den beiden Büros als verkraftbar. Inwieweit zusätzliche Reisekosten entstehen oder sogar durch die beiden Büros vermieden werden können, ist zur Zeit noch nicht feststellbar.

4. RioKonkret im Jahre Rio + 10

Der Arbeitsschwerpunkt war in den letzten Monaten besonders gefordert, da hier die meisten Fäden für die Vorbereitung und Durchführung der erfolgreichen Klima-AUSBADE-Kampagne zusammenliefen.

Es handelte sich zwar um eine Aktion zu Rio + 10 von Germanwatch insgesamt. Doch war durch den Fokus Klima von vornherein klar, dass wegen der vorhandenen Expertise, Kontakte und existierenden Instrumente die "Rios" die Hauptarbeit in Sachen Lobbyarbeit, Öffentlichkeits- und Aktionsarbeit zu leisten hatten.

Die Klima-AUSBADE-Kampagne und einige ausgewählte Themen und Projekte sollen hier im Bericht angesprochen werden. Der Name RioKonkret für den Arbeitsbereich soll übrigens bestehen bleiben: Johannesburg 2002 hat als Zwischenbilanzkonferenz nicht denselben Stellenwert wie Rio 1992 und die meisten Initiativen von damals sind zum Teil gerade erst in Gang gekommen.

Die Arbeitsatmosphäre im Team war - trotz der hohen Belastung - sehr gut, innovativ und produktiv. Dank gebührt allen für ihren Einsatz, beispielhaft sei hier insbesondere Britta Horstmann als Koordinatorin der Klima-AUSBADE-Kampagne genannt. Besonderer Dank gebührt auch den PraktikantInnen, ohne deren sehr engagierten Einsatz eine so vielschichtige und erfolgreiche Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Im Arbeitsbereich RioKonkret waren dies: Goitom Aherom, Marcel Braun, Dominik Bulla, Simon Geisbüsch, Heidi Kähkönen, Masha Medovaya, Daniel Richey, Wolfgang Sterk, Elisa Stute, Stephan Weinand, und Melanie Zimmermann.

Klima-AUSBADE-Kampagne

Die Klima-AUSBADE-Kampagne hat in den wenigen Monaten seit ihrem Start Ende Mai ungeahnte Bedeutung gewonnen. Dass die große Flut an der Elbe auch in Deutschland die Frage, warum eigentlich die Opfer des Klimawandels diesen alleine ausbaden sollen, ins Zentrum der Debatte rücken sollte, konnten wir Ende Mai noch nicht ahnen. Wir meinen, die Verursacher des globalen Klimawandels haben zwei Pflichten: erstens den Ausstoß von Treibhausgasen drastisch zu senken; und zweitens die Betroffenen bei der Anpassung an den Klimawandel und durch Kompensation zu unterstützen. Durch die Flut in Deutschland erhielten die fast zeitgleichen Fluten vor allem in China, Indien und Bangladesch in unseren Medien nur wenig Beachtung. Die Gerechtigkeitslücke, auf die wir in unserer Kampagne hindeuten, wurde wieder sehr deutlich. Gerade die Landbevölkerung in Entwicklungsländern, die fast gar nicht zum globalen Klimawandel beigetragen hat, ist von den Konsequenzen am stärksten

betroffen. Darauf weisen wir in unserer CD-ROM und den Begleitmaterialien "Der globale Klimawandel - das perfekte Verbrechen?" hin.

Das Kulturprogramm der Klima-AUSBADE-Kampagne ging mit Theater, Musik, Informationen und Aktions-Badewannen auf Tour. Theatergruppe und Band boten inhaltlichen Anstoß und ästhetischen Augen- und Ohrenfang. Die während der Tour unter dem Namen Tohuwabohu auftretende Gruppe setzte nicht nur künstlerische, sondern auch inhaltliche Akzente durch die Wahl des Musikprogramms und mit dem Theaterstück "Haben Sie noch Zeit?". Zusammen mit den Badewannen bot Germanwatch einen kaum zu übersehenden Blickfang: Bühne, Info-stand, Solaranhänger für die Stromversorgung, plätschernde 3 m hohe Badewanne, Banner und die Badewanne für die Solidaritätsaktionen boten ein buntes, Interesse weckendes Bild. Mehrere hundert Menschen - darunter einige Prominente wie z.B. Uschi Eid, Bärbel Höhn, Erich Stather, Hans Christian Ströbele und Reinhard Loske - ließen von sich ein Aktionsfoto in der Badewanne machen. Dies verschaffte nicht nur ihnen selbst ein besonderes Andenken und damit eine besondere Beziehung zur Kampagne, sondern diente auch Pressefotografen und Fernsehteams sowie unserer eigenen Öffentlichkeitsarbeit als eine ansprechende und pfiffige Visualisierung der Kampagne.

Mit der Bundesregierung - BMU, BMZ und Auswärtigem Amt - ist Germanwatch in einem regelmäßigen Austausch darüber, wie das Thema "internationale Klimaverantwortungsübernahme" im UNFCCC-Prozess verankert werden kann. Germanwatch gehörte zu den vielen Nichtregierungsorganisationen, die in Johannesburg mit einigem Erfolg auf eine starke Passage in dem Aktionsplan drängten, der Regierungen verpflichtet, für mehr Verantwortungsübernahme der Unternehmen zu sorgen. Hieran gilt es weiter anzuknüpfen. Mit Vertretern der Versicherungsindustrie organisierte Germanwatch im September einen ersten Workshop zur Frage, wie ein Klima-Versicherungsmodell aussehen könnte, von dem die besonders Betroffenen in Entwicklungsländern profitieren würden. Den Suchprozeß zu dieser sehr komplexen Frage werden wir beherzt weitertreiben.

Ein weiterer Workshop, gemeinsam mit Gerling organisiert, steht Ende November an. Er knüpft an einen der derzeit spannendsten Prozesse im internationalen Klimaschutz an. Eine wachsende Gruppe von Banken, Versicherern und Pensionsfonds hat erkannt, dass Unternehmen, die allzu viele Treibhausgase ausstoßen, zum Investitionsrisiko werden. Spätestens mit dem immer wahrscheinlicher werdenden Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls ist nun mit weiteren Treibhausgasregulierungen, CO₂-Steuern usw. zu rechnen. Unternehmen, die - wie etwa Exxon (Esso) - sich nicht darauf einstellen, werden zum Investitionsrisiko, sobald ehrgeizigere Klimaschutzziele beschlossen und umgesetzt werden, vor allem wenn langfristige Investitionen noch nicht abgeschrieben sind. Deshalb haben eine große Gruppe von Banken, Versicherern und Pensionsfonds am 31. Mai, dem Tag der Eröffnung der Klima-AUSBADE-Kampagne, die weltweit 500 größten Unternehmen angeschrieben. Sie wollen in Zukunft wissen, welche Treibhausgas-Risiken sich hinter den wohlklingenden Unternehmensnamen verbergen, um diese bei ihrer Geldanlagepolitik berücksichtigen zu können. Wenn dieser Ball tatsächlich ins Rollen kommt, kann das die Dynamik der internationalen Klimaschutzbemühungen sehr befördern.

Immer mehr Klima-Kampagneras und -Kampagneros unterstützen die Klima-AUSBADE-Kampagne. Dies ermutigt uns, auf diesem Weg weiterzugehen. Ihre Anregungen sind uns sehr willkommen.

Internationale und nationale Klimapolitik

Internationaler Klimaschutz

International zeichnet sich immer stärker ab, dass die USA mit viel taktischem Geschick neben dem Kyoto-Prozess einen eigenen Klimaprozess initiieren, der die Notwendigkeit entschiedenen Klimaschutzes torpedieren und das Kyoto-Protokoll verhindern oder ins Leere laufen lassen soll. Spätestens auf dem Klimagipfel in New Delhi Ende Oktober 2002 wurde diese seit Monaten aktiv betriebene Strategie offensichtlich. Bestandteile der Strategie sind die von den USA initiierte Abwahl des bisherigen starken IPCC-Vorsitzenden Bob Watson; bilaterale, sogenannte Klimaabkommen der USA mit anderen Staaten, die als Alternative zum Kyoto-Protokoll aufgebaut werden sollen; die finanzielle Förderung einer Wissenschaftskonfe-

renz in Moskau im September 2003, bei der die wissenschaftliche Begründung für das Kyoto-Protokoll in Frage gestellt und Alternativen zum Kyoto-Protokoll untersucht werden sollen.

Germanwatch hat sich einerseits durch die e-mission 55 Kampagne (vgl. Kooperationen) massiv für die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls eingesetzt. Andererseits haben wir uns auf verschiedenen Ebenen darum bemüht, dass die Umsetzung des Kyoto-Protokolls vorankommt: durch die Ablösung einer unverbindlichen Selbstverpflichtung der Industrie, die die Klimaschutz-Nachzügler belohnt; durch ein verbindliches Emissionshandels-System, das die Vorreiter belohnt; durch eine internationale und nationale Strategie des Ausbaus von Erneuerbaren Energieträgern; durch eine Rahmensetzung für den Finanzmarkt, die es diesem erlaubt, das Klimaverhalten von Unternehmen finanziell zu bewerten; durch Flugverkehrsabgaben auf EU-Ebene u.a.

Außerdem verfolgt unser Klimareferent Manfred Treber weiterhin – als einziger deutscher NGO-Vertreter – ganz nah die Entwicklung der Arbeiten im Rahmen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). So nahm er im April an der XIX. Plenarsitzung des IPCC in Genf teil, wo ein neuer Vorsitzender gewählt und die Struktur des Vierten Sachstandsberichts festgelegt wurde (näheres im Briefing Papier "Ergebnisse und Beschlüsse der XIX. Plenarsitzung des IPCC").

Nationale/europäische Klimapolitik und Emissionshandel

Im Vordergrund der nationalen und europäischen Klimapolitik-Debatte stand in diesem Jahr die Einführung eines verbindlichen Emissionshandelssystems für Unternehmen auf EU-Ebene. Germanwatch setzt sich - insbesondere im Rahmen des NRW-Promotorenprogramms für den Dialog mit der Wirtschaft - auf beiden Ebenen massiv für ein umwelt-integres, verbindliches Emissionshandelssystem ein. Auf europäischer Ebene haben wir dabei eng mit dem Climate Action Network (Netzwerk der Klima-NGOs) und e⁵ kooperiert. Auf nationaler Ebene hat Christoph Bals einen der drei NGO-Sitze in der Arbeitsgemeinschaft Emissionshandel wahrgenommen, die jeden Monat für ein bis zwei Tage im - oft kontroversen - Dialog zwischen Regierung, Unternehmen und NGOs versucht, Inputs für die EU und die deutsche Ausgestaltung der geplanten Direktive zu geben.

Flugverkehr

Der Flugverkehr ist der einzige Sektor, der trotz seiner großen und schnell wachsenden Bedeutung auch unter dem Kyoto-Protokoll keine Verantwortung für den Klimaschutz übernimmt. Germanwatch ist weiterhin in Deutschland die einzige NGO, die das Thema Flugverkehr und Klima auch hinsichtlich der internationalen Emissionen verfolgt und sich hierzu öffentlich äußert (u.a. in unserem Newsletter KlimaKompakt, auf der Website oder durch Gastartikel). Auf der internationalen, von UNEP/T&E organisierten Flugverkehrskonferenz in Paris im Vorfeld des Johannesburg-Gipfels 2002 war Germanwatch die einzige deutsche NGO. Klima- und Verkehrsreferent Dr. Manfred Treber arbeitet seit Anfang des Jahres im Steering Committee des weltweiten Netzwerkes "Green Skies" mit.

Als besonderer Erfolg kann es gewertet werden, dass die Enquete-Kommission "Globalisierung der Weltwirtschaft" einen großen Teil unserer Forderungen zum Flugverkehr aufgegriffen hat (Germanwatch-Papiere zu diesem Thema sind dort mehrfach zitierte Referenz). Seitdem sind wir darüber in einem verstärkten Dialog mit den politisch Verantwortlichen.

Der Flugverkehr wird im nächsten Jahr zunehmend ins Zentrum der Klima-AUSBADE-Kampagne gestellt. Wenn das Wachstum des Luftverkehrs so ausfallen würde, wie dies noch bis zum 11. September 2001 zu erwarten war, dann würde alleine diese Zunahme an Treibhausgasen in der selben Größenordnung liegen wie die gesamten durch Kyoto zu erwartenden Treibhausgasverringerungen. Wir werden einerseits auf eine europaweite Emissionsabgabe drängen; andererseits darauf, dass die Flugreisen von Behörden und Unternehmen standardmäßig durch entsprechende Emissionsverringerungen in Projekten der Erneuerbaren Energien oder Energieeffizienz ausgeglichen werden. So sollen die durch den Flugverkehr entstehenden Emissionen - wenn sie schon nicht vermieden werden - zumindest an anderer Stelle durch Projekte, die hohen Standards genügen und quantifizierbare Emissionsminderungen mit sich bringen, ausgeglichen werden.

Bahnverkehr

Germanwatch ist Mitglied der "Allianz pro Schiene" (bestehend aus Umwelt- und Fahrgastverbänden, Gewerkschaften und Fördermitgliedern aus der Bahnindustrie), die sich für vergleichbare Wettbewerbsbedingungen unter den Verkehrsträgern bei Einbezug der Umweltschäden einsetzt. Dabei besteht ein zweibahniger Austausch: Germanwatch wird einerseits in den Informationsfluss einbezogen und speist andererseits seine Positionen (mit Schwerpunkt Nachhaltigkeit der Verkehrsträger, Energieeffizienz der Bahn) in die Meinungsbildung der Allianz ein.

Germanwatch nahm im Juni am jährlichen NGO-Workshop der Deutschen Bahn teil und hielt eine vielbeachtete und stark diskutierte PowerPoint-Präsentation. Im Austausch mit Bahn-Verantwortlichen konnte festgestellt werden, dass die Deutsche Bahn mittlerweile viele der Vorschläge zur Steigerung der Energieeffizienz der Bahn umgesetzt hat, die Germanwatch mit Bahn-Mitarbeitern vor Jahren bei Treffen in Bonn und Berlin präsentiert und diskutiert hat. Trotz der geringen Intensität, mit der wir den Arbeitsbereich Bahnverkehr derzeit betreiben, ist die Nachfrage nach - auch älteren - Texten zu diesem Thema auf der Germanwatch-Website verhältnismäßig hoch.

Nachhaltig Investieren

Transparenz ist das Gebot der Stunde

Dem Anspruch der neuen Bundesregierung, nun wirklich eine ökologische Finanzreform durchzuführen (vgl. Koalitionsvereinbarung, Seite 18), müssen konkrete Taten folgen. In der Schwerpunktsetzung "Nachhaltig Investieren" im Jahre 2001/2002 bei Germanwatch und der Stiftung Zukunftsfähigkeit sehen wir uns durch die dynamische Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene bestätigt. Dies gilt sowohl für die Bereiche von Angebot und Nachfrage sowie für die Entwicklung der politischen Rahmensetzung. So ist mittlerweile u.a. eine Nachhaltigkeitsberichtsspflicht in mehreren europäischen und außereuropäischen Ländern verwirklicht.

Zwei wesentliche Aspekte bestimmen die Arbeit bei Germanwatch:

- die Gerechtigkeitslücke zwischen a) den Verursachern des Klimawandels in den Industrieländern und einigen Ballungsräumen in Schwellen- und Entwicklungsländern und b) den von den Folgen des Klimawandels am stärksten Betroffenen, also den BewohnerInnen der ländlichen Regionen in Entwicklungsländern.
- die Schaffung von mehr Transparenz und Demokratie auf den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten als notwendige Voraussetzung für - aber auch als Bestandteil von - nachhaltige(r) Entwicklung.

Globalisierungskritik und Globalisierungsgestaltung schließen sich für uns gerade auch im Bereich Nachhaltig Investieren nicht aus, sondern ergänzen sich gut. Die Entscheidung für strategische Allianzen und für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten (wie der "Klimasünder des Monats") sind also zwei Seiten derselben Medaille. Germanwatch ist im Bereich nachhaltiges Investment inzwischen zu einem sehr ernst- und wahrgenommenen Partner geworden.

Klima-AUSBADE-Kampagne

Das Jahr 2002 stand auch im Arbeitsbereich "Nachhaltig Investieren" im Zeichen der Klima-AUSBADE-Kampagne. Die Verantwortung des Finanz- und Versicherungssektors sowie die Möglichkeiten des Versicherungssektors, Schäden durch den Klimawandel zu versichern und vorbeugend tätig zu werden, wurden als inhaltliche Schnittmenge bearbeitet. Als weiteres wichtiges Tätigkeitsfeld wurde das Risikomanagement des Finanzsektors identifiziert. Ziel ist es, dass der Finanzsektor in seinen Investitionsentscheidungen die Risiken des Klimawandels und kommender gesetzlicher Regelungen (z.B. Emissionshandel) berücksichtigt und Maßnahmen ergreift, die auf die Abschwächung des Klimawandels zielen.

Nachhaltigkeitsberichtspflichten

Anfang 2002 trat die "Riester-Rente" in Kraft. Etwa 5% aller "Riester-Produkte" bieten ethische, soziale und ökologische Kriterien bei der Mittelverwendung, dies ergab die von Germanwatch in Kooperation mit dem Verbraucherschutzministerium NRW durchgeführte Erhebung. Diese Produkte finden ein beachtliches Medienecho, es besteht aber weiterhin eine Benachteiligung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (ehemals Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen): nach deren Auslegung müssen nur Produkte mit Kriterien jährlich berichten, während Produkte, die sich um ethische, soziale und ökologische Anlagekriterien nicht kümmern, von der jährlichen Berichtspflicht befreit sind. Dadurch geht der erwünschte Transparenz- und Imageeffekt verloren.

Im Rahmen des Kooperationsprojektes mit dem Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW wurde u.a. eine Broschüre mit dem Titel: "Meine Rente - Unsere Zukunft. Nachhaltiges Investment - Zukunftsfähige Altersversorgung" herausgegeben.

Germanwatch setzt sich - nicht zuletzt auch in seiner Funktion als Promotor für den Dialog mit der Wirtschaft in NRW - weiterhin dafür ein, dass Nachhaltigkeitsberichtspflichten verbindlich für alle Geldanlagemöglichkeiten eingeführt werden. Im Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags "Globalisierung der Weltwirtschaft" sind einige Anregungen von Germanwatch aufgenommen worden.

Nachhaltiges Investment für Großanleger

Das derzeitig zumeist konventionelle Anlageverhalten von Stiftungen war Thema mehrerer persönlicher Gespräche mit Anbietern und Fachleuten. Stiftungen als Multiplikatoren und Investoren sollen nachhaltiges Investment als ihr eigenes Thema entdecken. Das eigene Anlageverhalten, das Förderkonzept und die Kommunikation der Stiftung soll um den Bereich der nachhaltigen Kapitalanlage erweitert werden. Für Anfang 2003 ist ein größerer Workshop für Stiftungen und Großanleger geplant. Hier hat die Verbindung zur Stiftung Zukunftsfähigkeit natürlich große Bedeutung.

Verantwortungsübernahme und Risikomanagement des Finanzsektors

Reagiert der Finanzsektor nicht auf den Klimawandel und die damit notwendig werdenden Gesetzesänderungen oder neuen Gesetze, so riskiert er finanzielle Einbußen. Vorsorge vor kommenden Veränderungen wie Naturkatastrophen, Ressourcenknappheit etc., insbesondere auch gesetzlichen Regelungen wie Emissionshandel zur Verminderung der Veränderungen, die durch den Klimawandel verursacht werden, sind damit in ureigenem Interesse des Finanzsektors. Germanwatch bringt international diskutierte Ansätze, wie das Carbon Disclosure Project, die Innovest-Studie "Values at Risk" oder die Studie der britischen Pensionskasse USS "Climate Change - A Risk Management Challenge for Institutional Investors" in die deutsche Diskussion und entwickelt sie weiter.

Die Versicherungsbranche und der Klimawandel

Unter welchen Rahmenbedingungen kann die Versicherungs- und Investmentbranche eine stärkere Rolle zur Verringerung und Absicherung von Klimaschäden in Schwellen- und Entwicklungsländern spielen? Das war das Thema des Expertenworkshops "Die Versicherungsbranche und der Klimawandel" vom 16. September 2002. 20 ExpertInnen diskutierten bestehende Ansätze sowie Chancen und Probleme bei der Umsetzung. Die Versicherungsbranche kann die durch extreme Wetterereignisse entstehenden Schäden versichern, zur Abdeckung der Prämien zeichnet sich eine Kombination aus staatlichen und privaten Lösungen ab. Die erarbeiteten Vorschläge sollen in die Vorbereitung des UNFCCC-Workshops zu Versicherungsfragen im Frühjahr 2003 einfließen.

Ausblick

Mit den beiden Schwerpunkten "nachhaltige Kapitalanlage" und "die Finanz- bzw. Versicherungsbranche und der Klimaschutz" wird sich der Arbeitsbereich "Nachhaltig Investieren"

auch 2003 in die politische Diskussion einbringen. Dabei wird der Dreiklang der Methoden Öffentlichkeitsarbeit, strategische Allianzen mit Partnern aus der Wirtschaft und konstruktive Mitarbeit an der politischen Rahmensetzung fortgeführt. Die Arbeit am Berichtsformat zur "Riester-Rente" geht auch in 2003 weiter. Transparenz ist im Finanzbereich ein wichtiges Mittel, um Nachhaltigkeit zu erreichen. Neben Rendite, Sicherheit und Liquidität soll sich die Frage der Mittelverwendung bei der privaten und institutionellen Geldanlage als notwendiges und selbstverständliches Anlagekriterium etablieren. Aktivitäten im Jahr 2002.

5. Ernährungssicherung und Agrarhandel

Aktivitäten im Jahr 2002

„Initiative Ernährung sichern – für eine globale Agrarwende“ im Schwerpunkt TradeWatch

Entgegen allen politischen Zielvorgaben in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit nehmen weltweit Ernährungsprobleme weiter zu. Die FAO schätzt die Zahl der Hungernden und Unterernährten aktuell auf 815 Millionen, 777 Millionen davon leben in Entwicklungsländern. Die sind in einem Teufelskreis aus Hunger und Armut gefangen, der jede Möglichkeit zur Entwicklung aus der Unterentwicklung verhindert.

Wie Nahrungsmittelüberschüsse in Ländern wie Indien und Pakistan beweisen, lässt sich das Welthungerproblem nicht auf bloße Nahrungsmittelknappheit reduzieren. Vielmehr liegt die Ursache in den internationalen Strukturen von Produktion und Handel. Die derzeitigen WTO-Agrarverhandlungen werden diese Strukturen entscheidend beeinflussen und damit die Weichen stellen für die zukünftige Entwicklung in der Dritten Welt.

Wie vital die Interessen sind, welche die Entwicklungsländer im laufenden Verhandlungsprozess vertreten, erklärt sich durch die Bedeutung des Agrarsektors in ihren Ländern: Anders als in den Industrieländern ist hier die Agrarwirtschaft nicht nur wichtigster Arbeitsgeber und Haupteinnahmequelle, sondern auch der wichtigste Garant für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Ob die in Doha ausgerufene Entwicklungsrunde in den WTO Verhandlungen ihren Namen verdient, wird also davon abhängen, inwieweit die Agenda der Länder der Dritten Welt in das Agrarabkommen einfließen wird.

Germanwatch setzt sich seit Jahren für faire Regeln im Weltagrarhandel ein. Zusammen mit FIAN und dem Weltladen-Dachverband wurde die Initiative „Ernährung sichern – Für eine globale Agrarwende“ ins Leben gerufen. Zentrale Forderungen sind Schutzmöglichkeiten für die bäuerliche Nahrungsmittelproduktion in Entwicklungsländern, schneller Abbau von Exportsubventionen der Industrieländer und vorsichtige Öffnung der Märkte des Nordens für landwirtschaftliche Produkte aus dem Süden. Erklärtes Ziel ist eine gerechte und ökologisch nachhaltige Weltagrarordnung mit dem Primat der Ernährungssicherheit, nicht dem der Wirtschaftsinteressen. Unter den Stichworten „Development Box“ und „Food Security“ werden derartige Forderungen in der WTO diskutiert. Germanwatch versucht, durch Informations- und Lobbyarbeit die entwicklungspolitische Verhandlungsposition zu stärken.

Am 30.1. 2002 fand in Berlin die Konferenz „Die WTO-Agrarverhandlungen aus entwicklungspolitischer Sicht - Stand und Perspektiven“ statt, die Germanwatch organisiert hatte.

Die Einführung ins Thema übernahm Alexander Werth von ICTSD. Es schlossen sich Kommentare von Nathan Iumba, Ugandischer Botschafter (Friends of Development Box), Dr. Heiner Thofern, BMVEL, Gabriel G. Taboada, Perm. Mission of Argentina und Aileen Kwa, Focus on the Global South an. Panos Konandreas, vom FAO-Büro in Genf berichtete über die Implementierung des WTO-Agrarabkommens in den OECD- und Entwicklungsländern. Ergänzt wurde das Programm durch Duncan Green, CAFOD, der über das Thema Nicht handelsbezogene Anliegen: Die Development Box referierte, und Tobias Reichert, Forum Umwelt & Entwicklung, der über nicht handelsbezogene Anliegen: Umwelt anschoß. Die Abschließende Podiumsdiskussion über Bedingungen für eine nachhaltige internationale Agrarhandelsordnung – Umwelt, Ernährungssicherheit und Entwicklung, mit Aileen Kwa, Dr. Georg von Koppenfels, BMZ, Gabriel Taboada und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf,

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft hat die Beiträge noch einmal aufgegriffen und vertieft. Über die Konferenz ist eine ausführliche Dokumentation erhältlich.

Welternährungsgipfel in Rom

Sechs Jahre nach dem Welternährungsgipfel 1996 fand vom 10.-13. Juni 2002 die Folgekonferenz in Rom statt. Die Bilanz von sechs Jahren seit dem ersten Gipfel zeigt, dass viel zu wenig passiert ist, um das Ziel - Halbierung der Anzahl der Hungernden weltweit - bis 2015 zu erreichen. Und auch die Ergebnisse des offiziellen Gipfels sind nicht sehr erfolgversprechend. Einziges konkretes Ergebnis der Abschlusserklärung, die bereits zu Beginn der Konferenz unterzeichnet war, ist die Verpflichtung zur Erarbeitung von freiwilligen Richtlinien für das Recht auf Nahrung. Dieses Thema war im Vorfeld von den NGOs, vor allem von FIAN, nachdrücklich in die Diskussion gebracht worden und wurde schließlich als Ziel von der deutschen Regierung und vielen Entwicklungsländern übernommen. Ansonsten sind eher negative Signale zu verzeichnen: Nahrungsmittelhilfe wird als Türöffner für Investitionen verstanden, Biotechnologie wird unterstützt, und als einziges „Schlüsselement“ zur Bekämpfung des Hungers wird der Welthandel genannt.

Parallel zum Gipfel fand ein NGO-Forum statt, auf dem NGOs und Basisgruppen Strategien zur Bekämpfung des Hungers diskutierten und Grundsatzpapiere sowie einen Aktionsplan verabschiedeten. In zahlreichen Workshops wurden Themen vertieft, die auf dem offiziellen Gipfel kaum eine Rolle gespielt haben.

Germanwatch organisierte zwei Workshops zur Rolle der multinationalen Unternehmen, deren Zustandekommen im wesentlichen Cornelia Heydenreich zu verdanken ist. Der erste behandelte den Einfluß multinationaler Unternehmen auf die Ernährungssicherung. Ein Referent der kanadischen Organisation ETC verdeutlichte an Beispielen aus der Saatgutindustrie, dass die starke Monopolisierung in diesem Sektor vor allem für Entwicklungsländer negative Auswirkungen mit sich bringt. Daniel Owusu-Koranteng, von der ghanaischen Initiative WACAM, schilderte eindrücklich die Verschlechterung der Ernährungssituation in Ghana als Folge der Öffnung des Goldbergbaus für Auslandsinvestitionen. Laura Arcara von der Aktionsgruppe Babynahrung aus Italien stellte dar, wie die Nahrungsmittelindustrie sich auf die Ernährungssicherung des Südens auswirkt.

Im zweiten Workshop wurde über Instrumente zur wirksamen Reglementierung von multinationalen Unternehmen gesprochen. Eine Vertreterin der OECD erläuterte die entsprechenden OECD-Leitsätze; ein Vertreter der Internationalen Ernährungsgewerkschaft IUF diskutierte u. a. das Instrument der Rahmenabkommen zwischen Gewerkschaften und einzelnen Unternehmen, FIAN stellte den Verhaltenskodex zum Recht auf angemessene Nahrung vor. Die Ergebnisse der Workshops wurden in einer Presseerklärung veröffentlicht. Weitere Pressearbeit lief vor allem im Rahmen der AG Landwirtschaft des Forum Umwelt & Entwicklung, die derzeit von Rainer Engels koordiniert wird. Auf einer Pressekonferenz wurde der Verbraucherministerin Künast symbolisch ein Kochtopf mit zehn Rezepten gegen den Hunger übergeben.

Die Kontakte, die im Rahmen dieser Workshops vor allem auf europäischer Ebene für Germanwatch und für die AG Landwirtschaft neu entstanden sind, werden wir sowohl bei TradeWatch als auch bei KodexWatch weiterverfolgen und intensivieren. Die sachlich notwendige und hier beispielhaft erfolgte Vernetzung beider Projekte wird weiter ausgebaut.

In nächster Zeit soll vor allem an Richtlinien zur Umsetzung des Rechts auf angemessene Ernährung gearbeitet werden. In Deutschland hat sich auf Initiative von FIAN eine Koordinationsgruppe zum Recht auf Nahrung gebildet, an der Germanwatch aktiv beteiligt ist. Sie hat es sich zur Aufgabe gestellt, dem BMVEL während dieses Prozesses beratend zur Seite zu stehen. In Rom fanden ebenfalls etliche Gespräche mit Vertretern der offiziellen deutschen Delegation statt. Ebenso wie die NGOs Kontakt zur Regierungsdelegation suchten, waren umgekehrt die Parlamentarier an Gesprächen mit den NGOs interessiert, um deren Sichtweisen und Forderungen an den Rom-Gipfel zu erfahren. So fand auf Wunsch der Regierungseite zu Beginn des Gipfels eine Begegnung von Ministerin Künast mit internationalen NGOs statt, die von Rainer Engels moderiert wurde. Am selben Tag trafen sich die deutschen NGOs auch mit Uschi Eid, der parlamentarischen Staatssekretärin des BMZ.

Die Ergebnisse der Konferenz wurden bei den Sitzungen von TradeWatch und der AG Landwirtschaft Ende Juni ausgewertet.

Kommentar zur Halbzeitbilanz der Agenda 2000

Ein Schwerpunkt der Arbeit war die entwicklungspolitische Bewertung der Reformvorschläge von EU-Agrarkommissar Franz Fischler zur Halbzeitbilanz der Agenda 2000, in der wesentliche Teile der europäischen Agrarpolitik geregelt sind. Diese Bewertung hat Germanwatch gemeinsam mit dem Forum Umwelt & Entwicklung vorgenommen. Das Papier wurde in einem gemeinsamen Expertenseminar vom Forum Umwelt & Entwicklung und dem BMZ vorgestellt, welches Germanwatch am 24.9.2002, zwei Tage nach der Bundestagswahl organisiert hatte. Dieses Seminar diente der Positionsfindung des BMZ sowie der entwicklungspolitischen Flankierung der Debatte über die Fischler-Vorschläge, die bis zum Jahresende in eine gemeinsame Stellungnahme der Mitgliedsländer der EU münden soll. Am 17.10.2002 wurden die Kommentare auch auf einem international besetzten Seminar des „European Trade and Development Network“ vorgestellt, einem Kreis von Entwicklungspolitikern in den Regierungen der EU. Der Kommentar ist auf deutsch und englisch bei Germanwatch zu beziehen. Anfang November hat Germanwatch Gespräche mit Vertretern der DG Entwicklung, DG Handel, DG Landwirtschaft, der deutschen Vertretung und dem Europäischen Parlament in Brüssel durchgeführt. Ziel war, Kontakte herzustellen und unsere Papiere zur Bewertung der Halbzeitbilanz der Agenda 2000 und zur „Development Box“ Papier vorzustellen. Das Gespräch kam dabei auch immer wieder auf die Bedeutung der informellen Vereinbarung zwischen Schröder und Chirac für die Reformprozesse in der EU und der WTO. Schröder und Chirac einigten sich bei einem informellen Treffen darauf, keine Veränderung bei den Ausgaben in der 1. Säule vorzunehmen. Gemäß französischer Lesart heißt dies „weiter so mit den Agrarsubventionen“ im Bereich der Gemeinsamen Marktordnungen und die Reform bis auf 2006 zu verschieben. Wir haben in einem Brief Ministerin Künast um Widerspruch gegen diese französische Darstellung gebeten. Es wäre fatal für die Verhandlungsposition der EU in den WTO-Verhandlungen und ist auch entwicklungspolitisch sehr bedenklich, denn es zementiert die hohen handelsverzerrenden Subventionen auf exportierte Produkte.

Papier zur Development Box

Gemeinsam mit der Menschenrechtsorganisation FIAN und dem Weltladen-Dachverband hat Germanwatch ein Positionspapier zur „Development Box“ vorgelegt. Die Hintergrundrecherche und die Erstellung des Positionspapier lag im Verantwortungsbereich von Marita Wiggerthale. Die Development Box ist ein Paket von Maßnahmen zum Schutz der lokalen Märkte in den Entwicklungsländern als auch zur Herstellung größerer Flexibilität bei der Unterstützung von Hunger- und Armutsbekämpfungsprogrammen. Dieser Vorschlag wird von einigen Entwicklungsländern als auch vielen NGOs unterstützt. Die Europäische Kommission steht einem solchen Vorschlag z.T. aufgeschlossen gegenüber. Argentinien und Philippinen haben als Mitglieder der auf Marktliberalisierung setzenden Agrarexporteure ebenfalls Vorschläge für Schutzmaßnahmen gegen Agrardumping vorgelegt, die in eine ähnliche Richtung gehen. Derzeit ist aber offen inwieweit die Development Box bei der Reform des Agrarabkommens aufgegriffen wird. Das Papier liegt nun vor und kann bei Germanwatch bestellt werden.

Konversion

Gemeinsam mit Brot für die Welt, Misereor und dem EED haben wir einen Vorschlag für die Umwidmung von Agrarsubventionen vorgelegt. Im Zuge der Agrarverhandlungen abzubauen Subventionen sollen demnach nicht vollständig in den allgemeinen Haushalt zurückfließen, sondern teilweise für ländliche Entwicklung und nachhaltige Landwirtschaft in Entwicklungsländern genutzt werden. Diese Konversion von Agrarmitteln in Entwicklungsprojekte wird mit den negativen Auswirkungen der Agrarsubventionen auf die Ernährungssituation in Entwicklungsländern gerechtfertigt. Zur Zeit wird hierzu eine Machbarkeitsstudie durchgeführt.

Genf-Reise

Vom 23.11. bis 27.11.2002 führt Germanwatch zusammen mit der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) eine Lobby- und Bildungsreise nach Genf durch. Thema sind die Agrarver-

handlungen der WTO. Die Reise ist sowohl für Einsteiger als auch für Agrarexperten offen, da sie ein nach Vorkenntnissen differenziertes Programm bietet.

European Trade Network

In Brüssel hat sich ein Netzwerk (European Trade Network) von europäischen NGOs gebildet, die zu Handelsfragen arbeiten. Mit über dreißig Teilnehmern aus acht Ländern im zweiten Treffen fand dieses Netzwerk erstaunlich hohe Beachtung. Schwerpunkt der Arbeit in den nächsten Monaten soll die Vorbereitung der WTO-Ministerkonferenz im September 2003 in Cancun/Mexiko sein. Fragen des Agrarhandels, der geistigen Eigentumsrechte, des Dienstleistungsabkommens und der neuen Themen Investitionen, Wettbewerbsrecht, staatliches Beschaffungswesen und Handelserleichterungen stehen dabei im Zentrum der Aufmerksamkeit. Germanwatch nimmt an diesem Netzwerk teil.

Podiums-Diskussion mit Martin Khor in Bonn und Berlin

Am 26.9.2002 veranstaltete Germanwatch in Kooperation mit der NRW-Stiftung für Umwelt und Entwicklung im Zentrum für Entwicklungsforschung in Bonn eine Podiumsdiskussion zum Thema „Nach Johannesburg: Globalisierung und Nachhaltigkeit im Widerstreit?“ statt. Als Podiumsteilnehmer konnten Martin Khor, Direktor des Third World Networks, und Bärbel Höhn, Landesministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gewonnen werden. Beide hatten an dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg teilgenommen. Beide kritisierten die mangelnde Bereitschaft der Industrieländer, beim Agrarhandel Zugeständnisse zu machen, wodurch weitere Fortschritte in anderen Bereichen verhindert wurden. Bärbel Höhn wies auf die Ergebnisse bei der Einbindung der Wirtschaft hin, die positiv zu werten seien. Martin Khor hob insbesondere hervor, dass für nachhaltige Entwicklung viel entscheidender sei, was in den WTO-Verhandlungen beschlossen werde. Sowohl im Agrarbereich, als auch bei der Integration neuer Themen wie Auslandsinvestitionen und Internationales Wettbewerbsrecht stände für die Entwicklungsländer einiges auf dem Spiel. Deutschland komme in den Verhandlungen eine wichtige Rolle zu. Er rief die Veranstalter auf, in Deutschland Druck auf den Wirtschaftsminister auszuüben, insbesondere der subventionierte Export von Agrarprodukten aus Industrieländern sei für die Entwicklungsländer fatal. Bärbel Höhn hob die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft hervor, unterstützt von Martin Khor, der die hohen Erwartungen insbesondere an die deutsche Zivilgesellschaft betonte.

Vier Tage später hat Germanwatch zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung zur Veranstaltung „Johannesburg – Erfolg oder Fehlschlag?“ eingeladen. Auf dem Podium waren diesmal Martin Khor, Nicola Bullard von Focus on the Global South in Thailand, Nika Greger vom DNR, Reinhard Loske als umweltpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen und Barbara Unmüßig vom Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Die interessante und engagierte Diskussion drehte sich hier v.a. um die Strategie von Umwelt-NGOs in Johannesburg, die Bedeutung von Johannesburg für den Multilateralismus und die notwendigen Aktionen im Hinblick auf Cancun.

Ausblick auf 2003

Germanwatch plant seine Handelsaktivitäten in eine Kampagne gegen Agrardumping zu konzentrieren. Der Auftakt hierfür wird auf der Grünen Woche erfolgen. Dabei geht es einerseits um den Abbau von EU-Subventionen, die nicht eindeutig an soziale und ökologische Leistungen gebunden sind und zu verbilligten Exporten führen können. Daher verfolgen wir die Reform der Europäischen Agrarpolitik intensiv. Auf der anderen Seite des Handels sollen aber auch die Entwicklungsländer Schutzmechanismen erhalten, um sich vor Dumping wirkungsvoll zu schützen. Bei den WTO-Agrarverhandlungen haben die Entwicklungsländer hierzu (auch sofort wirksam werdende) Vorschläge vorgelegt, für die wir uns einsetzen wollen.

Grüne Woche und Kirchentag

Mit einem Stand und zwei Tagungen auf der Grünen Woche in Berlin (19.1.-28.1.2003) wird Germanwatch die heiße Phase einer Kampagne gegen Agrardumping einläuten. Diese soll eine Mobilisierung für die Ministerkonferenz im September in Cancun bewirken. Wahrscheinlich noch während der Grünen Woche wird vom Vorsitzenden der Agrarverhandlungen, Stuart

Harbinson, ein Papier vorgelegt, welches weitgehend festlegt, worüber und mit welchem Ziel die Agrarverhandlungen bis 2005 laufen sollen. Es ist nicht zu erwarten, dass dieses Papier sich angemessen mit dem Dumping der Industrieländer befaßt. Daher müssen bis Cancun die Anliegen der Entwicklungsländer mit allen Mitteln unterstützt werden. Ein Höhepunkt wird der Kirchentag Ende Mai 2003 in Berlin sein, dieser ist eine große Chance für die Mobilisierung für Cancun. Auch dort werden wir vertreten sein.

Trade Justice Movement

In Großbritannien wurde eine neue Kampagne gestartet: die Trade Justice Movement. In einem ähnlich breiten Bündnis wie bei der Erlassjahr-Kampagne soll diesmal die Rolle des Welthandels thematisiert werden. Auch in Deutschland gibt es Pläne, sich an der Trade Justice Movement zu beteiligen, einige der im Forum Umwelt & Entwicklung zusammengesetzten Organisationen haben Interesse signalisiert. Zur Zeit wird über Finanzierungsmöglichkeiten eines deutschen Zweiges insbesondere durch die kirchlichen Hilfswerke nachgedacht. Germanwatch wird sich in geeigneter Form beteiligen.

Brücken

In bisher vier Ausgaben haben wir 2002 Brücken zwischen Handel und Zukunftsfähiger Entwicklung herausgegeben. Diese Zeitschrift bietet einen hervorragenden Einblick in Verhandlungen, Regeln und Hintergründe des internationalen Handels. In Kooperation mit der Schweizer Organisation ICTSD, die das englische Original herausgibt, haben wir darüber hinaus auch tägliche Verhandlungsupdates der WTO-Ministerkonferenz in Doha und fünf Verhandlungsupdates zum Weltgipfel in Johannesburg geliefert, dies alles jeweils per Email und zum Herunterladen im Internet. Die regulären Brücken-Ausgaben wurden auch in gedruckter Form verschickt.

6. KodexWatch

Seit Oktober 2001 läuft bei Germanwatch das Projekt KodexWatch. Ziel war es, die im Jahr 2000 überarbeiteten OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen in Deutschland und im Ausland bekannter zu machen und auch in Deutschland den Umsetzungsprozess anzustoßen und zu begleiten.

NGO-Arbeit zu den OECD-Leitsätzen

Am 21.11.01 fand in Bonn ein NGO-Koordinierungstreffen zu den OECD-Leitsätzen statt. Es wurde v.a. über das weitere Vorgehen von NGO-Seite diskutiert und ein Schreiben an das Wirtschaftsministerium verfaßt, worin die Beteiligung von NGOs an der Nationalen Kontaktstelle gefordert wird.

Aus diesen Aktivitäten entstand der NGO-Arbeitskreis zu den OECD-Leitsätzen. Die Arbeit dieses Arbeitskreises wird von Germanwatch koordiniert, zwei bis drei mal jährlich finden Arbeitstreffen statt. Inzwischen sind ca. 20 NGO-Vertreter aus den Arbeitsbereichen Entwicklungspolitik, Menschenrechte, Umwelt, Verbraucherschutz und Korruptionsbekämpfung über dieses Netzwerk koordiniert.

Um die drei NGO-Vertreter im OECD-Arbeitskreis im BMWi zu unterstützen, wurde vereinbart, dass Germanwatch als Koordination des NGO-Arbeitskreises auch als Ansprechpartner und Koordination für deren Arbeit tätig ist.

Arbeitskreis OECD-Leitsätze im Wirtschaftsministerium

Das gemeinsame Schreiben der NGOs an den Wirtschaftsminister Müller trug dazu bei, dass NGOs an dem Arbeitskreis zu den OECD-Leitsätzen im Wirtschaftsministerium beteiligt wurden. Bei der ersten Sitzung des Arbeitskreises nahm Michael Baumann teil. Für die weiteren Sitzungen ist Germanwatch nicht direkt als NGO-Vertretung im Arbeitskreis vertreten, sondern konzentriert sich mehr auf die Vorbringung von Beschwerdefällen.

Bei der zweiten Sitzung des OECD-Arbeitskreises im BMWi am 28.06.02 war Michael Baumann von Germanwatch anwesend, um über den Mexiko-Beschwerdefall zu berichten, er

nutzte die Gelegenheit, um sich wiederholt für eine gleichberechtigte Beteiligung der NGOs an diesem Gremium einzusetzen.

Die bisherige Arbeitsweise dieses Arbeitskreises im BMWi entspricht nicht unseren Vorstellungen von Transparenz, wie sie in den OECD-Leitsätzen vorgesehen ist. Dies veranlaßte uns, mehrere Briefe an das BMWi zu richten.

Veranstaltungen und Vorträge zur Bekanntmachung der OECD-Leitsätze

Während des Welternährungsgipfels in Rom Anfang Juni wurden im Rahmen des NGO-Forums zwei Workshops durchgeführt. Der erste Workshop fand am 11.06.02 statt und behandelte den Einfluß multinationaler Unternehmen auf Ernährungssicherung. Beim Workshop am darauffolgenden Tag wurden die OECD-Leitsätze, Rahmenabkommen zwischen Gewerkschaften und Unternehmen und der Kodex zum Recht auf Nahrung als mögliche Instrumente zur Regulierung von multinationalen Unternehmen diskutiert.

Insbesondere die Anwesenheit von vielen Süd-Vertretern war ein wichtiger Anlaß für Germanwatch, dieses Forum für die Verbreitung der OECD-Leitsätze zu nutzen. Aus den Referaten und Diskussionen ergaben sich neue Anregungen für die Weiterarbeit mit den OECD-Leitsätzen, besonders bei den Beschwerdefällen. Neue Kontakte mit interessierten Organisationen konnten geknüpft werden und sind weiterzuführen.

Um die OECD-Leitsätze und die Arbeit von Germanwatch weiter bekannt zu machen, wurden u.a. auf folgenden Veranstaltungen Referate gehalten: während einer Seminarwoche der internationalen Arbeitsgruppe IG Metall Wolfsburg, bei einem zweitägigen Seminar von Gewerkschaften in Linz in Österreich und in Seminar des SEF-Politikforum in Bad Honnef.

Beschwerdefälle

Die OECD-Leitsätze bieten die Möglichkeit, Beschwerdefälle bei den Nationalen Kontaktstellen vorzubringen, wenn ein Unternehmen sich nicht an die Leitsätze hält.

Im Mai hat Germanwatch einen Beschwerdefall bei der Nationalen Kontaktstelle vorgebracht. Gemeinsam mit drei Gewerkschaftsvertretern wurde die Beschwerde im Wirtschaftsministerium übergeben

Die Vorbringung des Falles bei der Nationalen Kontaktstelle (NKS) trug dazu bei, dass den mexikanischen Partnern wieder bessere Gesprächsangebote unterbreitet wurden. Der Fall ist auch in Mexiko vorgebracht worden und liegt nun in Hauptverantwortung bei der mexikanischen Kontaktstelle. Es gab von mexikanischer Seite auch weitere Schritte auf anderen rechtlichen Ebenen, bei denen Germanwatch gemeinsam mit FIAN die Gewerkschafter auch unterstützt hat. Die Arbeit der Nationalen Kontaktstellen war nicht sehr aktiv, wir haben durch Briefe an die deutsche NKS stärkere Aktivitäten angeregt.

Zu einer Reihe von weiteren Fällen gab es erste Kontakte und Gespräche. Germanwatch konnte die Erfahrungen und Informationen zu den OECD-Leitsätzen und den Verfahrensabläufen weitergeben und als Kontaktstelle für interessierte Organisationen dienen. Mögliche weitere Fälle sind im Gespräch, diese sollen im folgenden Jahr weiter verfolgt werden.

Kooperation mit Gewerkschaften

Besonders im Bereich der Arbeitsrechte ist eine Kooperation mit den Gewerkschaften wichtig. Im Rahmen des Mexiko-Beschwerdefalles wurden die Kontakte besonders zum DGB und zur Einzelgewerkschaft IG BCE genutzt und ausgebaut. Auf den Treffen von NGOs und Gewerkschaften, die von Michael Baumann von Germanwatch mit initiiert worden sind, wurden die OECD-Leitsätze wiederholt thematisiert. Im September fand ein Treffen mit dem DGB-Verantwortlichen zu den OECD-Leitsätzen, Andreas Botsch, statt.

Europäische und internationale Vernetzung

Ausgehend von ersten Kontakten über das IRENE-Netzwerk in den Niederlanden wurden Verbindungen in die Niederlande zu Organisationen aufgebaut, die ebenfalls zu den OECD-Leitsätzen arbeiten. Bei einem ersten Koordinierungstreffen im März 2002 wurden die nächsten Schritte für eine europäische Vernetzung der NGOs zu den OECD-Leitsätzen geplant. Weitere Kontakte bestehen zu Organisationen in Dänemark, Großbritannien und Österreich.

Im Oktober 2002 gab es ein Vorbereitungstreffen für eine Konferenz im März 2003, die der stärkeren NGO-Vernetzung dienen soll.

Öffentlichkeitsarbeit KodexWatch

Um die OECD-Leitsätze breiter bekannt zu machen und über die Arbeit zu diesem Thema zu informieren, wurden eine Reihe von Materialien erstellt.

Die Broschüre zu den OECD-Leitsätzen, hervorgegangen aus einer Veranstaltung im Januar 2001, wurde ins Englische, Französische und Spanische übersetzt. Zum Projekt KodexWatch wurde ein Flyer erarbeitet, der auf Deutsch, Englisch, Spanisch und Französisch vorliegt. Eine Kurzbeschreibung zu den OECD-Leitsätzen wurde auf Deutsch und Englisch erarbeitet. Regelmäßig wurde im Germanwatch-Mitgliederrundbrief über das Projekt berichtet. Die Homepage zum KodexWatch-Projekt wurde überarbeitet und ist in mehreren Sprachen verfügbar. Ebenso sind die Broschüren zu den OECD-Leitsätzen in den vier Sprachen über die Homepage abrufbar.

7. Der Internetauftritt von Germanwatch

Konzeption und Mitarbeiter

Unsere Website (www.germanwatch.org) wurde in ihren Grundzügen 1997 von Reinhard Palm, Gerold Kier, Laura Radosh und Frank Plößel konzipiert und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt. Ihre Pflege erfolgt derzeit durch Gerold Kier (Hauptverantwortlicher) und Laura Radosh mit Unterstützung von Andrea Taubert. Bei der Konzeption der Website wurde der Aufwand in puncto Design und Programmierung bewußt gering gehalten, um - für die Nutzer - die Ladezeiten gering zu halten und - für uns - die zeitliche Belastung durch die technischen Arbeitsschritte der Website-Pflege zu begrenzen. Letzteres wiederum ermöglicht es nicht nur, Texte ohne große Zeitverzögerung einzustellen, sondern auch die Struktur und Gliederung der Website flexibel und schnell an aktuelle Erfordernisse anzupassen (z.B. Einfügen neuer Rubriken bzw. Themenseiten). Weitaus aufwendiger als die technischen Arbeitsschritte sind hingegen die redaktionellen Arbeiten, die z.T. durch internetspezifische Anforderungen entstehen.

poldi Award 2002

Die Germanwatch-Website erhielt am 28. August den "poldi Award 2002 - Beste Online-Initiative für Umwelt und nachhaltige Entwicklung". Die Auszeichnung ist eine Initiative der Bundeszentrale für politische Bildung, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds und von Politik Digital. Sie wurde am 28. August in Berlin verliehen und fördert Organisationen, die - so der Ausschreibungstext - "das Internet als bürgerfreundliches und demokratieförderndes Medium" einsetzen. Schirmherr des diesjährigen poldi Award ist Staatsminister Julian Nida-Rümelin. Die Auszeichnung wurde in vier Sparten vergeben: Demokratie & Bürgerengagement, Umwelt & nachhaltige Entwicklung, Gesundheit & Soziales sowie Wissenschaft, Bildung und Kultur. Bei der Bewertung durch die Jury wurden die Websites nach folgenden Kriterien beurteilt: Gesamtkonzept, Inhalt & Aktualität, Interaktivität & Mehrkanaligkeit, Service sowie Gestaltung & Navigation/Nutzerfreundlichkeit (siehe auch www.poldi-award.de).

Reichweite der Website

In den vergangenen 12 Monaten hatte die Germanwatch-Website rund 550.000 Seitenzugriffe und 110.000 Besuche (die Zahl der "Besuche" wird über ein gängiges statistisches Verfahren ermittelt und ist nicht zu verwechseln mit der Zahl der "Besucher", da ein Besucher innerhalb eines Jahres mehrere Besuche machen kann). Zum Vergleich: im Jahr 2000 hatte die Website ca. 180.000 Seitenanfragen, d.h. in den letzten zwei Jahren hat sich die Zugriffsrage verdreifacht. Neben der größeren Reichweite von Germanwatch-Informationen hat der Anstieg der Zugriffszahlen noch zwei weitere Vorteile. Zum einen ist er eine wichtige Grundlage für die Einwerbung von Spendengeldern und Mitgliedern - sei es über das Online-Verfahren oder über ausgedruckte Formulare, die von der Website heruntergeladen werden. Zum anderen schlägt er sich in einer Verringerung von Arbeitszeit und Kosten durch den (letztlich nicht

vollständig kostendeckenden) Versand von gedruckten Materialien nieder. Dieser Vorteil entsteht auch für unsere Newsletter, die mittlerweile überwiegend per E-Mail und damit kostensparender versandt werden (KlimaKompakt: ca. 2200 E-Mail-Abonnenten / ca. 230 Empfänger der gedruckten Version, Brücken: ca. 1000 E-Mail-Abonnenten / ca. 230 Empfänger der gedruckten Version; hinzu kommen jeweils noch Personen, die kein Abo haben, sondern die entsprechenden Texte online auf der Website lesen). Der größte Teil der E-Mail-Abonnenten wird wiederum über die Anmeldeformulare auf der Website gewonnen.

Germanwatch-Seiten als Treffer bei der Schlagwortsuche in Suchmaschinen

Die Auffindbarkeit von Germanwatch-Informationen in Suchmaschinen kann als sehr gut eingestuft werden. Dies wurde regelmäßig, zuletzt in ausführlicher Form Anfang Oktober, mit der Suchmaschine Google getestet (Google ist die mit Abstand meistbenutzte Internet-Suchmaschine, zu finden unter www.google.de): Bei vielen Begriffen oder Begriffskombinationen wurde von Google als erster Treffer eine Germanwatch-Seite angezeigt, so u.a. bei: "Klimagipfel", "Agrarpolitik und Entwicklungsländer", "Nachhaltig Investieren", "Luftverkehr + Klima", "Bahnverkehr + Klima", "Globaler Klimawandel" und "Klimaschäden + Verantwortung". Unter den ersten zehn Treffern waren wir u.a. bei den Begriffen "Johannesburg-Gipfel", "Enquete-Kommission", "Riester + Umwelt", "Emissionshandel", "Weltfriedenspolitik", "OECD-Leitsätze", "Klimawissenschaft" und "IPCC-Bericht" zu finden. Dies mag vielleicht weniger erstaunen, da dies ja Kernkompetenzen von Germanwatch sind. Es ist dennoch erfreulich, da es ja zu fast allen unserer Themen auch viele andere Informationsanbieter (nicht nur NGOs) im Internet gibt, mit denen wir konkurrieren. Überraschend und besonders erfreulich ist, dass wir selbst bei Begriffen wie z.B. "Baumwollproduktion", "Atomenergieausstieg", "Braunkohlekraftwerke" oder "Multilateralismus" unter den ersten fünf Treffern landeten, denn bei diesen Begriffen ist die Konkurrenz von Informationsanbietern sicherlich deutlich höher.

8. Pressearbeit

Aktiv begleitet hat die Pressearbeit in diesem Jahr

- a. die Vorstellung des Worldwatch Berichtes 2002
- b. den Auftakt der Klima-AUSBADE-Kampagne
- c. den Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg.

Als neues PR-Instrument eingeführt wurde im Bereich Klima- und Energiepolitik

- d. die Ernennung eines "Klimasünder des Monats" .

Die Vorstellung des Worldwatch Berichtes 2002

Anlässlich der Präsentation der deutschen Ausgabe des Worldwatch Berichtes 2002 - Zur Lage der Welt - im April wurde in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Pressekonferenz organisiert. Den Journalisten Rede und Antwort standen Christoph Bals, Germanwatch, als Autor des ersten Kapitels der deutschen Ausgabe, Hilary French vom Worldwatch Institute und Michael Müller, Fraktionsvorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Am Abend wurde eine Podiumsdiskussion zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung organisiert. Auf dem Podium vertreten waren Bundesumweltminister Jürgen Trittin, Barbara Unmüßig von der Heinrich-Böll-Stiftung, Hilary French und Christoph Bals.

Der Auftakt der Klima-AUSBADE-Kampagne

Zum Auftakt der Klima-AUSBADE-Kampagne am 31. Mai 2002 wurden verschiedene Hintergrundmaterialien für eine ausführliche Pressemappe zusammengestellt. Zusätzlich zur Auftaktveranstaltung selbst wurde für die Medien eine Pressekonferenz mit Dr. Gerhard Berz von der Münchner Rück, Roda Verheyen, Völkerrechtlerin und Umweltjuristin, Holger Liptow von der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GTZ und Christoph Bals, Germanwatch,

organisiert. Zum Start der Klimakarawane am Ende der Veranstaltung wurden die Medienschaffenden zu einem Fototermin am Potsdamer Platz eingeladen.

Der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung

Annähernd täglich wurden Berichte der Germanwatch-Delegation vom Weltgipfel geliefert und auf der Homepage geschaltet. Gleichzeitig wurde die Frequenz der Presseerklärungen zu den Themen Klima- und Energiepolitik sowie Welthandel und Agrarsubventionen auf durchschnittlich vier Presseerklärungen pro Woche erhöht. Zur besseren Verbreitung der Meldungen wurde für den Zeitraum des Gipfels der Originaltextservice OTS in Anspruch genommen - dies zu speziellen Sonderkonditionen.

Der "Klimasünder des Monats"

Als neues Instrument der Pressearbeit wurde im August die Benennung eines "Klimasünder des Monats" eingeführt. Damit sollen in unregelmäßigen Abständen Unternehmen, Staaten oder Einzelpersonen ausgezeichnet werden, die eine zukunftsfähige Klimaschutzpolitik erheblich behindern oder entsprechende Strategiewechsel vollzogen haben. Ins Leben gerufen wurde dieses Instrument, um sowohl in der Öffentlichkeit als auch innerhalb der benannten Unternehmen Druck in Richtung einer Öffnung gegenüber den Klimaschutzfragen zu erzeugen. Bislang wurde die Bezeichnung "Klimasünder des Monats" an Vattenfall Europe sowie an BASF vergeben.

Erfolge der Pressearbeit

Besonders erfolgreich war die verstärkte Pressearbeit im Rahmen des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Germanwatch konnte sich als kleine Umweltorganisation unter den Großen in den Medien etablieren.

Beigetragen zu der stärkeren Präsenz in der Presse hat nicht nur die höhere Frequenz an Meldungen aus der Pressestelle und die flächendeckende Verbreitung über OTS. Auch die Anwesenheit von zwei Germanwatch-Vorständen und deren direkte Kontakte zu der Presse und der deutschen Delegation haben unsere Auftrittschancen verbessert. So erschienen in Spiegel Online zwei Zitate von Dörte Bernhardt, die nicht auf eine Pressemeldung zurückzuführen sind. Insgesamt wurde Germanwatch bei Spiegel Online im Zusammenhang mit Johannesburg in vier Artikeln erwähnt.

Der Auftakt Klima-AUSBADE-Kampagne hatte trotz dpa- und epd-Meldungen vom gleichen Tag zunächst geringe Resonanz in den Medien. Dies konnte auf die vielen konkurrierenden Themen wie Gewerkschaftsdemonstrationen und Nitrofenskandal zu diesem Zeitpunkt zurückgeführt werden. Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung jedoch folgten Artikel zum Thema der Kampagne unter anderem in der taz, Frankfurter Rundschau, Frankfurter Allgemeine Zeitung und Publik-Forum. Insbesondere auf lokaler Ebene wurde die Klima-Karawane und ihr Anliegen auf ihren verschiedenen Stationen mehrfach von der jeweiligen Lokalpresse aufgegriffen. Beispiele sind die Karawanenstopps in Bonn und Herdecke.

Erste Erfolge hat auch die Benennung des "Klimasünder" ergeben. So wurde im FAZ Business Radio eine Gegenüberstellung von Christoph Bals, Leiter der Klima-Abteilung bei Germanwatch, und dem Leiter der Kommunikationsabteilung bei Vattenfall Europe übertragen.

9. Fundraising

Im November 2001 gründete Germanwatch erstmalig eine Fundraising Abteilung mit dem Ziel Germanwatch dauerhaft finanziell zu unterstützen. Gleichzeitig sollte Germanwatch mehr in das Rampenlicht der Öffentlichkeit gerückt werden. Deutliche finanzielle Auswirkungen konnten in 2002 nicht erreicht werden, hier ist langfristiges Handeln erforderlich.

Als Novum wurde 2002 erstmals die Kampagnenmitgliedschaft eingeführt. Mitglieder und Spender können sich als Kampagneros für eine von Ihnen gewählte Kampagne engagieren. Mit ihren derzeit 60 Klima-Kampagneros bildet die Klima-AUSBADE-Kampagne den Auftakt. Ab 2003 sollen weitere attraktive Angebote für Kampagnenmitgliedschaften folgen.

Mit dem erstmaligen Versand von Freianzeigen zur Klima-AUSBADE-Kampagne im August erzielten wir eine große Resonanz bei bekannten Verlagen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung druckte unsere Anzeige zum Thema „Wer soll das Klima ausbaden?“ sofort ab. Weitere Verlage wie Gruner & Jahr sowie Bertelsmann stellten den Abdruck für die nächste Zeit in Aussicht.

Zudem ist seit Anfang dieses Jahres Germanwatch als berechtigter Verein bei allen Gerichten registriert, um Bußgeldzuweisung zu erwirken. Zur Bewerbung wurde aus diesem Grund im März 2002 bundesweit eine informative Bußgeldmappe an Amtsgerichte versendet. Die Flut an der Elbe machte allerdings unsere diesjährige Hoffnung auf Bußgelder zunichte, da alle derzeitigen Beträge (verständlicherweise) an die Flutopfer gehen. Zeitgleich zu all unseren Aktivitäten wurde und wird ein neues, einheitliches Erscheinungsbild für Germanwatch realisiert. Seit Beginn unserer Arbeit wurden wir durch Dienstleister, Texter, Grafiker und Druckereien mit zum Teil kostenlosen oder preisgünstigen Sachleistungen unterstützt, ohne die wir unsere Arbeit nicht in dieser Form hätten umsetzen können. Wir möchten all diesen Menschen an dieser Stelle deshalb herzlich dafür danken.

10. Beispiele für Kooperationen von Germanwatch

Anstiften zu mehr Nachhaltigkeit

Die Stiftung Zukunftsfähigkeit unterstützt weiterhin Germanwatch und setzt Akzente

Die 1997 gegründete Stiftung Zukunftsfähigkeit hat ihre Aktivitäten in den vergangenen Monaten gegenüber dem Vorjahr bewusst etwas zurückgefahren, da die Personalüberschneidungen mit Germanwatch (Klaus Milke, Christoph Bals und Holger Baum sind ja gleichzeitig Vorstand der Stiftung) eine Konzentration auf die für 2002 beschlossene Klima-AUSBADE-Kampagne von Germanwatch erforderlich gemacht hatte.

Auch hat sich die Stiftung ja neben der Förderarbeit ein eher schlankes Eigen-Engagement vorgenommen und somit überschaubar kleine, aber prägnante Initiativen zu entwickeln, die nach Entwicklung von größerer Bedeutung von anderen Akteuren (dabei z.B.: Germanwatch) übernommen und weitergeführt werden sollten.

Genau dies ist bei dem Thema „Nachhaltiges Investieren und Berichtspflicht bei der Riesterrente“ passiert. Die Stiftung hat die Berichtspflicht bekanntlich in 2000/01 mit durchgesetzt, Germanwatch hat dann den Bereich für Sustainable Investment eingerichtet und an der Umsetzung der Berichtspflicht und Bekanntmachung zusammen mit dem Umwelt- und Verbraucherschutz-Ministerium von NRW systematisch gearbeitet.

Wer Germanwatch in seiner Lobbyarbeit langfristig unterstützen möchte, sollte auch einmal über eine Zustiftung (ab 2.000 EURO) oder eine Spende an die Stiftung Zukunftsfähigkeit nachdenken: Kto: 14 039 600 bei der GLS-Bank (BLZ 430 000 00)

Dies war und ist eine so gewollte und auch erfolgreiche Arbeitsteilung.

Drei Felder hat die Stiftung trotz dieser Einschränkung in 2001/02 bearbeitet:

- a) Anstiften von anderen Stiftungen, bei deren Kapitalanlagen ökologisch-nachhaltige Kriterien zu beachten (dazu wurde ein Faltblatt entwickelt und Beiträge in diversen Veranstaltungen beigesteuert)
- b) die Stiftung engagierte sich u.a. mit einem Schreiben an Kanzler Schröder für die Einrichtung einer Bundesstiftung für Globale Verantwortung (als Pendant zur DBU) aus den Währungsreserven der Deutschen Bundesbank
- c) die Stiftung übernahm Aufgaben in der Klimadebatte (Vorschlag an den Kanzler für ein Pro-Kyoto-Dinner, Abendessen über den NRW-Klimaschutz mit Ministerin Höhn und Mitgliedern des Zukunftsrates NRW)

Eine Erhöhung der Arbeitskraft der Stiftung, aber auch ihrer Ertragskraft für Germanwatch wird nur gelingen, wenn mehr Zustiftungen gewonnen werden.

Genau dahin gehen die aktuellen Überlegungen für ein verstärktes Fundraising im Jahre 2003.

WEITERE INFORMATIONEN:

Klaus Milke, Haakestr. 83, 21075 Hamburg, 040-79143121 oder www.stiftungzukunft.de

Beratung für Sustainable Business

Germanwatch unterstützt auch weiterhin „e hoch fünf“

Nicht nur im Rahmen des Promotorenprogramms DIALOG mit der WIRTSCHAFT des Landes Nordrhein-Westfalen ist Germanwatch um intensive Kontakte mit Unternehmen bemüht, seit 1995 ist die Organisation in enger Verbindung zu „e hoch fünf“ dem EUROPEAN BUSINESS COUNCIL FOR A SUSTAINABLE ENERGY FUTURE (www.e5.org). Auch in den letzten Wochen und Monaten wurde dabei mitgewirkt und geholfen, einen solchen Verband der proaktiven Wirtschaft kraftvoll zu positionieren und für die nach Kyoto und Johannesburg neuen und noch bevorstehenden Herausforderungen zu wappnen.

Die Irritationen nach dem 11. 9. 2001 haben die Arbeit nicht erleichtert, da der ökonomische Druck auf viele Unternehmen zugenommen hat und – letztlich widersinnig – das Kurzfristdenken und Quartalsabschlüsse deutlich im Konflikt zu Nachhaltigkeitsstrategien stehen.

Germanwatch bleibt dran an dieser Formation, da hier eine Akteurskonstellation sichtbar geworden ist, die für mehr Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Politik steht.

Die bessere Berücksichtigung von Energieeffizienz und verstärkter Einsatz der Erneuerbaren Energien in Verbindung mit intelligenter Mobilität oder Verkehrsvermeidung müssen glaubwürdig im Norden vorangebracht werden, damit der Süden in Zukunft seinen Standortvorteil am Sonnengürtel des Planeten zu seiner eigenen Entwicklung besser nutzen kann und nicht noch stärker die Folgen der vom Norden entscheidend verursachten Klimaschäden zu tragen hat.

Und Kyoto muss in Kraft treten

Großer Erfolg der Klima-Kampagne „e-mission 55“

Gemeinsam mit dem European Business Council for a Sustainable Energy Future (e⁵) und mit dem WWF International hatte Germanwatch im Frühjahr 2001 eine kraftvolle pro-Kyoto-Kampagne initiiert, die wegen einiger Unentschlossener, aber auch Blockierer (wie die USA) bis zum Dezember 2002 fortgesetzt wird.

Die Zeichen stehen gut, dass Rußland als sehr großer Emittent seinen in Johannesburg zugesagten Ratifizierungsprozess demnächst abgeschlossen hat. Dann kann man eine historische Etappe feiern: die Architektur zum aktiven Klimaschutz ist damit vorgegeben. Kyoto kann fünf Jahre nach der Konferenz in Japan (Dez. 1997) endlich in Kraft treten.

55 Unternehmen sollten im Rahmen von e-mission 55 gewonnen werden, daher der Name und das Symbol.

Denn 55 Länder müssen für das Inkrafttreten des Klimaprotokolls von Kyoto ratifiziert haben und diese müssen 55 % der Industrieländeremissionen auf sich vereinigen.

Über 190 Unternehmen waren es schließlich, die als Unterzeichner von e-mission 55 weltweit das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls forderten.

Die Klimaverhandlungen in 2001 in Bonn und Marrakesch als Voraussetzungen für Rückenwind zur Klärung der Details um Kyoto wurden durch diese Stimme der Wirtschaft positiv beeinflusst und im Jahr 2002 wurden die Ratifikationsprozesse in bestimmten Schlüsselländern (z.B. in Rußland und in Polen) konstruktiv begleitet.

Die Zusammenarbeit zwischen den Trägern der Kampagne und auch mit ECC Kohtes Klewes in Bonn (Unternehmensbereich Sustainability) für das Press Office kann nur als hervorragend bezeichnet werden.

Großes Lob gilt der Koordinatorin Susanne Saha und Bodo Stüve, die von der Kaiserstraße aus die Kontakte zu den Firmen aufgebaut, gepflegt und verbreitert haben.

Immer sehenswert - insbesondere auch bezüglich des Schlussevents am 10. Dezember in Brüssel - die Homepage der Kampagne: www.emission55.com.